

7. II. 1916

Frankfurt, 7. Februar.

Der Präsident Wilson hat in St. Louis vor einigen Tagen eine Rede gehalten, die sich mit dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den übrigen Mächten, vor allem zu den Kriegführenden, beschäftigte. Man wird der Rede, aus der ein Auszug durch das Wolffsche Telegraphenbureau in Deutschland verbreitet worden ist, um so höhere Bedeutung belegen müssen, als sie zeitlich ungefähr zusammenfällt mit der Uebersetzung der deutschen Antwortnote in der Angelegenheit des „Lusitania“-Falles und den von der amerikanischen Regierung an die Kriegführenden ergangenen Vorschlägen zur Regelung des Unterseebootkrieges. Der Ton der Wilsonschen Rede scheint im ganzen friedlicher gellungen zu haben als einige der in der letzten Zeit von Amerika herübergelabelten anderen Auslassungen des Präsidenten. Während sich Herr Wilson bei mehreren Anlässen dahin geäußert hat, daß Amerika zwar den Frieden wolle, daß man aber nicht wissen könne, ob nicht in sehr kurzer Zeit eine Aenderung in seinen internationalen Beziehungen eintrete, betonte er in dieser Rede den Willen der Vereinigten Staaten, mit aller Welt in Frieden und Freundschaft zu bleiben, viel entschiedener. Er begründete den amerikanischen Friedenswillen in einleuchtender Weise damit, daß die große nordamerikanische Republik aus aller Welt zusammengewachsen ist und daß sie darum alle Welt verstehe. Amerika könne seine Freundschaft für die anderen Völker mehr durch Fernhaltung vom Kriege als durch Beteiligung daran betätigen. Das klingt einigermaßen an jene erste Botschaft an, die Präsident Wilson im August 1914 kurze Zeit nach dem Beginn des großen Krieges an die Bürger der Vereinigten Staaten richtete. Damals erwähnte er diese mit ähnlichen Gründen zu strenger Beobachtung der Neutralität und betonte wie jetzt, daß Amerika seine nationale Pflicht am besten erfüllen und den Kriegführenden am erfolgreichsten dienen könne, wenn es unparteiisch vermittele und Ratschläge zum Frieden gebe.

Herr Wilson meint auch jetzt noch, Amerikas Haltung sei wahrhaft neutral. Aber was zwischen jener Kundgebung und der jetzigen Rede liegt, hat uns Deutsche oftmals schmerzlich empfinden lassen, daß des Präsidenten Wilson Auffassung von wahrer Neutralität allzu formalistisch und buchstabennäßig war, daß seine Sympathien für England, die zu haben wir als sein gutes Recht anerkennen, ihn verhinderten, der Lage Deutschlands und dessen schwerem Ringen um sein nationales Dasein wirklich gerecht zu werden, daß er unseren Kampf und unsere Kampfmittel falsch beurteilte, daß er aus diesem falschen Urteil heraus zu falschen Schlüssen kam und aus diesen heraus mit den beiden Kriegsparteien in einer Sprache redete, die zweifellos gegenüber beiden nicht die gleiche war. Der amerikanische Präsident hält sich für den Priester, der die Flamme des Rechts auf seinem Altar gehütet habe, und er rühmt sich, keine neuen Auslegungen in die internationalen Beziehungen Amerikas eingeführt, sondern sich an den klaren Wortlaut der völkerrechtlichen Urkunden gehalten zu haben. Es soll nicht daran gezweifelt werden, daß er wirklich dieser Ueberzeugung ist, aber gerade, daß er sie hat, ist für uns eine unerfreuliche Wahrnehmung. Denn uns ist seine Neutralität oft als eine einseitige, als eine wohlwollende für England und wenig wohlwollende für uns und unsere Verbündeten erschienen. Wenn er sich aber selbst als den Hüter des Rechts preist, so mag es rein dem Wortlaute nach zutreffen, daß er beiden Kriegsparteien gegenüber auf die Beobachtung der anerkannten Sätze des internationalen Rechts hingewiesen hat. Daß es gegenüber beiden Parteien mit derselben Entschiedenheit geschehen wäre, wird er selbst kaum behaupten können. Aber im Beginn des Krieges war eine große Möglichkeit in seine Hand gegeben, das Panier des internationalen Rechts stark und unbezweifelbar inmitten des Krieges aufzurichten. Das war damals, als auf Schwedens Anregung sich die Neutralen an Amerika mit dem Vorschlage wandten, durch gemeinsames Vorgehen die Rechte der Neutralen im Seekriege zu wahren. Hätte die Regierung des Herrn Wilson

dieser Anregung entsprochen, so wäre das Recht besser zu seinem Recht gekommen als durch die „brennende Flamme“, die er auf seinem Altar gehütet hat. Die vom Völkerrecht garantierte Freiheit des Handels und der Schifffahrt der Neutralen wäre niemals so drangsaliiert und gehemmt worden, wie es durch England seit Beginn des Krieges geschieht und es wäre infolgedessen niemals nötig gewesen, den Tauchbootkrieg in den scharfen Formen zu führen, die uns durch Englands rücksichtslosen Auslieferungskrieg aufgezwungen worden sind. Eine Stelle der Präsidentenrede klingt indessen, als wolle sie ausdrücken, daß schon die bisherige Haltung Amerikas gegen die Zentralmächte eine besondere Rücksichtnahme auf ihre besondere geographische Lage in sich schließe. Wegen der Abschließung von der übrigen Welt, so sagte Herr Wilson, könnten sich die Vereinigten Staaten ihnen gegenüber nicht so aussprechen, wie sie wohl möchten. Ganz deutlich ist nicht, was der Redner damit gemeint hat. Wenn er aber hat sagen wollen, daß die Abschließung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihn abgehalten habe, eine noch schärfere Sprache zu führen, damit dürfen wir uns nicht wundern, daß es für Deutschland oft so schwer gewesen ist, mit der amerikanischen Regierung über die Fragen der Kriegführung zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Gefahr für den Frieden Amerikas sucht der Präsident nicht daheim in den Vereinigten Staaten, sondern draußen, und zwar ist es besonders der Unterseebootkrieg, aus dem nach seiner Befürchtung eines Tages die Flamme des Krieges entlodern könne. Jede Ladung von Getreide, Baumwolle oder Manufakturwaren, die in die Feuerzone gehe, könne Schwierigkeiten hervorrufen. Es ist hiernach nicht die Vergangenheit, auf die Herr Wilson blickt, sondern die Zukunft. In der künftigen Gestaltung des Unterseebootkrieges könnten sich Dinge ereignen, so meint er, in denen Konflikte liegen. Wenn der Inhalt der Rede damit richtig wiedergegeben ist, dann kann es wohl kaum die „Lusitania“-Sache sein, aus der heraus, wie es in den letzten Tagen vielfach dargestellt wurde, eine gefährliche Zuspitzung der deutsch-amerikanischen Beziehungen befürchtet wird. Etwas unbedingt Sicheres über den Stand dieser Sache ist von keiner Seite aus verbreitet worden. Von Washington und London aus wird mitgeteilt Amerika verlange, daß Deutschland die bereits früher zugestandene Leistung einer Entschädigung für die durch den Untergang der „Lusitania“ getöteten oder beschädigten amerikanischen Bürger in einer Weise begründe, durch die das Versenken der „Lusitania“ als völkerrechtswidriger Akt anerkannt würde. Ob damit die amerikanische Forderung richtig wiedergegeben ist, weiß man nicht. Es ist auch nicht bekannt, welches der Inhalt der deutschen Antwortnote gewesen ist. Wir hören aber, daß Deutschland dem amerikanischen Standpunkt sehr weit entgegengekommen ist, um diesen Streitfall gütlich beizulegen. Die deutsche Regierung hat in einer ihrer früheren Noten den deutschen Unterseebootkrieg, was er ja auch tatsächlich ist, als eine Maßregel der Vergeltung gegen Englands völkerrechtswidrigen Ausschüttungs- und Handelskrieg erklärt und es schien damals, als ob auch Amerika das gelten lassen wolle, freilich mit einer Auslegung, die mehr den Standpunkt zur Geltung zu bringen suchte, daß Vergeltungsmaßregeln an sich Verletzungen des Völkerrechts seien. Man sollte meinen, daß sich eine Formel hätte finden lassen, die zwischen diesen beiden Auffassungen eine Brücke bildet, ohne daß sie dem einen oder anderen Teile eine Demütigung zumutet. Keinesfalls kann sich ein Mensch von gesunder Vernunft vorstellen, daß er wegen der Stillierung einer Formel, durch die eine schon ziemlich weit zurückliegende Sache aus der Welt geschafft werden soll, zu einem ernstem Streit, oder wohl gar zu einem Kriege zwischen zwei großen Nationen kommen könnte, die tausend Gründe haben, jetzt und in Zukunft miteinander in Frieden zu leben.

Wenn wir Herrn Wilsons Worte richtig verstehen, steht er in dieser Sache nicht die eigentliche Gefahr. Dann aber hat man einigen Grund anzunehmen, daß er bemüht sein wird, es nicht um einer diplomatischen oder juristischen Formel willen zum Konflikt kommen zu lassen. Der deutsche Unterstaatssekretär

Zimmermann hat einem amerikanischen Journalisten gegenüber sich dahin ausgesprochen, daß Deutschland in seiner Antwort bis an die Grenze dessen gegangen sei, was es zugestehen könne. Sicherlich ist das auch der amerikanischen Regierung bekannt, und in der Tat scheint es, als ob auch bei dieser der Wille vorhanden sei, zu einer gütlichen Einigung zu gelangen. Herr Wilson hat in seiner St. Louiser Rede gesagt, er wolle denjenigen, deren Gemütsverfassung durch den Krieg aus dem Gleichgewicht geraten sei, alle Geduld und Nachsicht erweisen und alles zugestehen, soweit dadurch nicht Lebensfragen berührt werden. Wer er mit den aus dem seelischen Gleichgewicht Geratenen meint, hat der Präsident nicht gesagt. Aber der Wille zur Verjöhnlichkeit ist auf alle Fälle anzuerkennen. Deutschland begehrt von ihm weniger Nachsicht und Geduld, als vielmehr Billigkeit und gleichmäßige Behandlung mit unseren Feinden und da nun Herr Wilson so offensichtlich zum Entgegenkommen geneigt ist und Lebensfragen Amerikas durch eine Ausgleichsformel zu einer ziemlich weit zurückliegenden Streitsache wirklich nicht berührt werden, so sollte kein ernstliches Hindernis für eine Einigung bestehen. Das wäre nur dann anzunehmen, wenn man in Washington die Absicht hätte, zugleich mit der „Lusitania“-Sache über den Unterseebootkrieg überhaupt zu entscheiden. Da aber Herr Lansing hierfür besondere Vorschläge gemacht hat oder zu machen gedenkt, so besteht kein Zwang zu einer solchen Vermutung.